

Die Freiheit erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10.— M., im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Strafband bezogen für Deutschland und Österreich 18.— M., für das übrige Ausland 24,50 M., postfrei. Weltweit-Anschlag, per Brief für Deutschland und Österreich 26.— Mark. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

Die achtspaltige Annoncenzeile ober dem Raum kostet 5.— M., einschließlich Transportaufschlag. Kleinanzeigen: Das fetterdruckte Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Transportaufschlag. Verleumdungen laut Zivil-Gesetz, Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,20 M., netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Welt-Anzeigen: das fetterdruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.— M. Fernsprecher: Zentrum 15230—15239

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

England will verhandeln!

In Erwartung der deutschen Vorschläge

EE. London, 14. April.

Neuer veröffentlicht nachstehende Erklärung: „Die deutsche Regierung machte noch keine neuen Vorschläge in der Entschädigungsfrage. Man glaubt jedoch in autorisierten englischen Kreisen, daß Deutschland nicht zögern werde, neue Angebote zu machen, besonders da die jetzt in Anwendung befindlichen Strafmaßnahmen, die die Unterjochung fast aller Vertragsunterzeichner ausweisen, mitwirken werden, einen merkwürdigen Eindruck auf die deutsche Industrie auszuüben. Es ist klar, daß ein beträchtlicher Teil der öffentlichen Meinung in Deutschland sich in der Erwartung befindet, daß unter den Alliierten Meinungsverschiedenheiten auftreten könnten. Sie legt sich Rechenschaft davon ab, daß, falls Deutschland fortfahren wird, die Durchführung des Friedensvertrages zu verzögern, für Deutschland nur die schwersten Folgen daraus entstehen würden. Diese Gruppe werde darauf bestehen, daß Deutschland irgend etwas beginne. Sie habe die Pflicht, die Initiative zu ergreifen. Man könne versichert sein, heißt es in dem Bericht weiter, daß jedes vernünftige deutsche Angebot, das von dem ersten Willen getragen ist, den berechtigten Wünschen der Alliierten gerecht zu werden, die ganze Aufmerksamkeit der englischen Regierung haben wird.“

Die vorstehende Veröffentlichung der englischen Regierung ist von großer Bedeutung. Sie erklärt ausdrücklich, daß sie Verhandlungen erwartet und daß sie bereit ist, solche zu führen. Sie läßt auch keinen Zweifel darüber, daß jede Spekulation auf eine Uneinigkeit oder Meinungsverschiedenheit zwischen den Alliierten vergeblich ist.

Herr Simons hat erklärt, daß er ein neues Angebot machen will. Es ist nötig, daß er dabei alle Gedanken, die die internationalen Gewerkschaften und unsere Parteien in Amsterdam entwickelt haben, aufnimmt und sie für den Wiederaufbauplan verwendet. Darüber hinaus wird es notwendig sein, auch in dem finanziellen Angebot bis an die Grenze der Leistungsfähigkeit zu gehen. Wir kennen die geradezu furchtbaren Schwierigkeiten dieser Aufgabe, die rein wirtschaftlichen sowohl als die politischen. Aber wir haben auf der andern Seite auch vor Augen die noch furchtbarereren Konsequenzen, die ein abermaliges Scheitern der Verhandlungen zur Folge hätte. Ein Teil der deutschen Öffentlichkeit ist sich allerdings darüber noch nicht im klaren und wird systematisch von dem größten Teil der Presse irreführt. Dr. Simons trägt die volle Verantwortung dafür, sich diesmal weder von der nationalistischen Stimmung noch von den Urteilen meist interessierter Sachverständiger beeinflussen zu lassen. Das Angebot, das jetzt gemacht wird, muß so beschaffen sein, daß niemand an dem Ernst und dem Willen, zur Lösung der Krise zu kommen, zweifeln kann.

130 bis 150 Milliarden Goldmark

Paris, 14. April.

Die Verlinax im „Echo de Paris“ mitteilt, werde der Betrag, den die Reparationskommission in einigen Tagen über die Gesamtverpflichtungen Deutschlands festsetzen werde, zwischen 130 und 150 Milliarden Goldmark schwanken.

Die Resolution Knox

Der schwierige Friedensschluß mit Deutschland

Paris, 14. April.

Stephan Paganne meldet dem „Matin“ aus New York, die Resolution Knox werde folgendermaßen behandelt werden: Der Senat werde die Resolution annehmen, vielleicht motivierend oder mit Amendement versehen. Aber die Abstimmung hätte nur einen inoffiziellen (den Weg weisenden) Wert. Der Regierung liege dann die Aufgabe zu, den Friedensvertrag mit Deutschland zu regeln und darüber zu verhandeln. Man werde sich bemühen, die Teile des Versailles-Vertrages anzuerkennen, die dem Wunsch Amerikas entsprechen, aber die Bestimmungen, denen man nicht zustimmen könne, nämlich die Klauseln über das internationale Arbeitsamt, über Schantung, alle Grenzschließungen in Mitteleuropa, die Klausel über Danzig und das Saargebiet sowie alle Klauseln über den Balfourbund. Paganne meint, vielleicht werde die Klausel über die Reparationen bestehen bleiben.

Nach einer Havasmeldung aus Washington hat Senator Knox seine Resolution, durch die die Beendigung des Kriegszustandes zwischen Amerika, Deutschland und Österreich erklärt werden soll, im Senat eingebracht.

„Chicago Tribune“ stellt in einem Kabeltelegramm aus Washington fest, daß der berühmte Abkämpfer der Resolution Knox,

in dem feinerzeit der Senator eine Erklärung vorschlug, daß Amerika bei einer neuen Bedrohung des Weltfriedens genau so handeln würde wie im letzten Krieg, auf Ersuchen des Präsidenten Harding der Resolution nicht mehr angehängt wurde.

Amerika und die deutschen Kolonien

In der Note der Vereinigten Staaten an die alliierten Mächte vom 4. April wird auch die Frage der deutschen Kolonien eingehend behandelt. Amerika erhebt in dieser Note Einspruch dagegen, daß die alliierten Mächte ohne Zustimmung der Vereinigten Staaten über die überseeischen Besitzungen Deutschlands verfügen wollen. Insbesondere erheben die Vereinigten Staaten Einspruch dagegen, daß Japan oder irgendeiner anderen Nation ein Recht an den überseeischen Besitzungen Deutschlands gesichert werden soll, wenn nicht ein gleiches Recht daran den Vereinigten Staaten gesichert wird. Ohne dem Vertrag von Versailles zuzustimmen, verlangen die Vereinigten Staaten, daß ihre Rechte auf diesem Gebiete nicht geschmälert werden. Die Note fährt fort:

Meine Regierung bedauert, daß nach und trotz diesem Protest versucht worden ist, Mandatsentwürfe, die die Inseln im Stillen Ozean einschließlich Japans zum Gegenstand hatten, anzunehmen, und daß ein Mandat gebilligt wurde oder versucht wurde, es in Kraft treten zu lassen, das, während es namens der Vereinigten Staaten aufgestellt zu sein behauptete, nicht die Zustimmung der Vereinigten Staaten hatte. Meine Regierung vertraut darauf, daß diese Aktion, die, wie sie annehmen muß, auf ein Mißverständnis gegründet ist, nochmals in Erwähnung gezogen wird. Die Note erklärt erneut, daß die Vereinigten Staaten die Zuweisung der Inseln Japan an Japan und die Rechtsgültigkeit des Japan übertragenen Mandats nicht anerkennen könnten. Die Regierung der Vereinigten Staaten verfolge nicht ein ausschließliches Interesse an der Insel Japans und habe nicht den Wunsch, sich irgendwelche Privilegien zu sichern, ohne daß gleiche Privilegien auch den anderen Mächten, natürlich einschließlich Japans, zuerkannt werden. Im Vertrauen auf den Gerechtigkeitssinn der britischen Regierung und der Regierungen der alliierten und assoziierten Mächte erwarte die amerikanische Regierung zuversichtlich eine Regelung der Angelegenheit, durch die die berechtigten Interessen aller voll gewahrt werden.

Die Bedingungen Amerikas

London, 14. April.

„Times“ meldet aus Washington, der Charakter der amerikanischen Beziehungen zu Europa werde durch die Natur der europäischen Antworten auf die Jap-Note bestimmt werden. Wenn die Antworten eine Annahme der darin niedergelegten Grundzüge bedeuteten und die Bereitschaft ausdrückten, sie auf Japans und andere Fragen angewandt zu sehen, dann werde Amerika mit den Alliierten bei der Anwendung des Friedensvertrages mitwirken. Dann werde es bereit sein, an den Arbeiten der Reparationskommission teilzunehmen und geneigt sein, die finanziellen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten Europas zu erwägen. Wenn jedoch die Antworten ungünstig ausfallen sollten, dann werde Amerika eine Politik der unabhängigen Aktionen verfolgen, deren Folgen nicht abzusehen seien.

Der „Times“-Berichterstatter sagt hierzu, weder Harding noch seine Ratgeber hätten irgendeinen Zweifel daran, daß die Alliierten den Standpunkt Amerikas annehmen werden. Die Kommission unter dem Vorsitz Knox werde dann vielleicht schon in einem Monat ihre Reise nach Europa antreten, um die Frage der Teilnahme Amerikas an den Problemen zu prüfen, die ohne die Vereinigten Staaten unlösbar seien.

Die Reparationskommission

EE. Paris, 14. April.

Die deutsche Abordnung in Paris, die die Verhandlungen mit der Wiedergutmachungskommission führt, teilt in einer Unterredung mit dem Chefredakteur der „Chicago Tribune“, Henri Wales, mit, daß sie Bedenken gegen die Arbeitsmethode, die durch den Ausschuss befolgt werde, geltend machen müsse. Zwei Jahre seien seit dem Waffenstillstand vergangen, ohne daß man Deutschland Mitteilungen über seine finanziellen Verpflichtungen gemacht habe. Erst Mitte Februar habe Deutschland die Ansprüche, die erhoben werden, erfahren. Gleichzeitig habe die Wiedergutmachungskommission geordert, daß Deutschlands Antwort am 12. April bereit sein müsse. Diese Zeit sei viel zu kurz. Deutschland habe mehr als tausend Fragen an die Wiedergutmachungskommission gerichtet, in denen sie Auskunft über schwierige Punkte forderte. Wie schwierig die Arbeit ist und wie wenig genau von einzelnen Regierungen gearbeitet wird, ist durch verschiedene Beispiele klargelegt. Charakteristisch ist, daß z. B. Summen von 30 Milliarden Franks fordere, ohne diese Forderung durch statistische oder sonstige Belege zu begründen. Die Abordnung ist der Ansicht, daß die Reparationskommission bis zum 1. Mai die erhobenen Forderungen nicht in einwandfreier Weise wird feststellen können, wie der Friedensvertrag dies vorschreibt. Diese Aufgabe ist so umfangreich, daß eine befriedigende Lösung kaum möglich ist.

Das überflüssige Heer

Der Rapp-Putsch konnte nur zur Durchführung kommen mit Hilfe der militärischen Macht, der Reichswehr und der Freikorps, also jener Truppen, die auf die Republik verächtlich waren und deren Aufgabe es war, die „Ruhe und Ordnung“ im Staate zu sichern. Es handelte sich also um einen rein militärischen Aufstand, der durch den Generalfreistreit der Arbeiter und den bewaffneten Widerstand, den die militärischen Verbände in Mitteldeutschland und im Ruhrgebiet fanden, niedergeschlagen wurde. Kein größerer Truppenverband war damals bereit, für die Republik, gegen die Lüttich- und Ehrhardt-Truppen zu kämpfen. Nur die geschlossene Abwehrfront der Arbeiter, nur die Furcht, daß mit der Rostfregierung auch der kapitalistische Staat gestürzt werden könnte, zwang die noch schwankenden Truppenteile, wieder auf den Boden der „gegebenen Tatsachen“ zurückzutreten und sich der Regierung „zur Verfügung“ zu stellen.

Die ungeheure Gefahr, vor der damals die deutsche Republik stand, hätte die politischen Mächte veranlassen müssen, die Reichswehr von Grund auf umzubauen, ja mehr noch: sie überhaupt zu beseitigen, nachdem ihre Schädlichkeit für die Republik historisch feststand. Statt dessen bemühte sich aber die Regierung, den Bestand der Reichswehr zu sichern. Eine Summe von Zeit und Lungenkraft wurde verschwendet, um vor allem der Entente klar zu machen, daß Deutschland zugrunde gehen würde, wenn es nicht mindestens ein 200 000-Mann-Heer unterhalten könne. Die Konferenz von Spaa hat dem Mandat der deutschen Militaristen ein Ende gemacht. Es mußte bei dem 100 000-Mann-Heer bleiben, wie es im Versailler Vertrag festgelegt worden war.

Nach den Prophezeiungen der Regierung und der militaristischen Befehlshaber vor der Konferenz in Spaa hätte man nun meinen müssen, daß mit der Herabsetzung der Heeresstärke auf 100 000 Mann der Untergang des Reiches nunmehr zwangsläufig erfolgen müßte. Wir haben aber erlebt, daß die „Ruhe und Ordnung“ gerade erst von dem Augenblick ab ein festes Fundament bekam, als es weniger Soldaten gab. Die Erfahrungen der Revolutionen haben uns gelehrt, daß die Reichswehr, insbesondere aber die ihr angegliederten Freikorps, sich in diesen Fällen ihre Arbeit suchen. Und wo sich schon Kämpfe entwickelt hatten, da lag es den militaristischen Befehlshabern nicht daran, sie so schnell wie möglich durch schützliche Maßnahmen zu beizulegen. Vielmehr trat überall das Bestreben zutage, die Basis der Unruhen zu erweitern, durch Provokationen weitere Arbeiterschichten in das Chaos hineinzutreiben, um dann eine um so gründlichere Abrechnung halten zu können. Den Militaristen kam es ja nicht darauf an, möglichst schnell die gefährdete „Ordnung“ wiederherzustellen. Als eingeschaltete Monarchisten hatten sie zugleich die Aufgabe zu erfüllen, das Proletariat möglichst stark zur Aber zu lassen, damit es kampfunfähig werde und die Reaktion ihre Machtpositionen verstärken konnte. Die Märzkämpfe in Berlin im Jahre 1919, die Kämpfe in Oberschlesien und in den Ruhrgebieten sind lehrreiche Beispiele und bekräftigen die von uns vorgebrachten Behauptungen.

Bei dem Kommunismus in Mitteldeutschland hat nun zum erstenmal die Reichswehr nicht in einem größeren Umfang in die Kämpfe eingegriffen. Wir sind weit davon entfernt, etwa die Abwehrmaßnahmen der Schutzpolizei in allen Fällen gutzuheißen. Aber das eine steht wohl fest und wird von allen denen bekräftigt werden können, die den Verlauf der Kämpfe in Mitteldeutschland verfolgen konnten, daß die Schutzpolizei bei der Abwehr des Putsches nicht zu jenen unsinnigen Maßnahmen griff, die von der Reichswehr bisher angewendet worden sind. Gerade dadurch gelang es der Schutzpolizei, des Putsches so schnell Herr zu werden. Gewiß, es haben sich auch Sicherheitsbeamte zu Ausschreitungen und Mißhandlungen hinreißen lassen, die auf das Schärfste gerügt werden müssen. Aber noch schlimmer war es auch in Mitteldeutschland mit den Ausschreitungen der bewaffneten Macht dort, wo einzelne Rüge der Reichswehr in die Kämpfe eingriffen. Da wurden wieder jene alten Gepflogenheiten lebendig, die Deutschland während des Krieges den Ruf eines Barbarenvolkes eingebracht haben.

Von reaktionärer Seite wird nun behauptet, durch das Nichteingreifen der Reichswehr sei das Unheil in Mitteldeutschland vergrößert worden. Das strikte Gegenteil ist aber der Fall. Wir erinnern noch einmal an die Märzkämpfe in Berlin. Damals befanden sich im Berliner Osten im Höchstfalle 200 kämpfende Arbeiter. Die Reichswehr machte gegen dieses Häuflein 55 000 Mann mobil, die mit Artillerie, Tanks, Minenwerfern und allen modernen Kampfgeräten ausgerüstet waren. Sie führte einen regelrechten Krieg aus und verschmähte sogar nicht die Anwendung der Fliegerwaffe, durch die Duzende unschuldiger Personen getötet oder verwundet wurden. Der Ueber-eifer der unerfahrenen Leutnants witterte überall Dack-schützen und verdeckte Maschinengewehre. Wahlen wurden Häuser, in denen man einen vorgehenden Posten vermutete, mit Artillerie beschossen. Tagelang krachte es an allen Ecken und Enden der Stadt, Straßen wurden ge-

geperrt, Stachelbrüche gezogen, der Verkehr durch unfruchtige Maßnahmen lahmgelegt. Und wenn sich keine Menschen als Schiebjohlette fanden, wurde das Feuer am hellen Tage und in der finsternen Nacht auf Schornsteinauffänge oder Blühblätter eröffnet, weil man dort Menschen oder Maschinen gewehre vermutete.

Hätte in Mitteldeutschland die Reichswehr in die Kämpfe eingegriffen, dann wäre uns auch in den dortigen Städten jenes widerliche Schauspiel nicht erpart geblieben. Es war also nicht ein Schaden, sondern ein Segen für die Bevölkerung, daß die Reichswehr den Kämpfen fernblieb. Trotz des verschärften Belagerungszustandes wurde im ganzen Aufstandsgebiet niemand belästigt. Es gab in den Städten, wo eben noch die Straßenkämpfe tobten, keine Stachelbrüche, man sah keine stahlbehelmten Leutnants rasend mit den Handgranaten herumwucheln, und auch die bekannten Schilder mit der Aufschrift: „Halt, wer weitergeht, wird erschossen!“ fehlten vollständig. Es wurde also niemand, der sich dem Aufstand fernhielt, in irgendeiner Weise „gereizt“, und gerade deshalb wurde in so verhältnismäßig kurzer Zeit jede Gefahr für den bürgerlichen Staat gebannt.

Wenn also der mitteldeutsche Aufstand uns außer der politischen auch eine militärische Lehre gebracht hat, so ist es die, daß die Reichswehr ihre Daseinsberechtigung verloren hat, daß es überall dort, wo sie nicht eingreift, viel besser um die Ruhe und Ordnung bestellt ist. Gewiß, die Reaktionen geraten in Tobsuchtsanfalle. Aber hinter dem Ruf nach Reichswehr verbirgt sich nicht das Friedensbedürfnis, sondern das stille Bedauern über die allzu schnelle Beilegung der Kämpfe. Die Reaktionen rechneten seit Monaten damit, daß ihnen ein Angriff verzweifelter Arbeiter die Möglichkeit geben werde, aus der Abwehr heraus zum allgemeinen Angriff auf die Republik überzugehen. Sie hielten für diesen Zweck die Militärdiktatur schon in Bereitschaft. Durch das Nichteingreifen der Reichswehr wurde dieser Plan zerstört. Die Reaktionen stehen wieder einmal am Grabe einer Hoffnung, und auch das schöne Instrument des Herrn Seeckt, bestimmt zur „Villegierung der Tradition des Hohenzollern-Heeres“, wartete vergeblich auf einen größeren Auftrag.

Nachdem es den Generälen nicht mehr vergönnt sein wird, mit ihren 100 000 Mann einen früh-fröhlichen Krieg gegen „Erbfeinde“ zu führen, möchte man doch wenigstens im Bürgerkrieg seine Tüchtigkeit erproben. Aber auch hier sind keine Aufträge mehr zu vergeben. Die Reichswehr ist ein überflüssiges und kostspieliges Instrument geworden, auf das die Republik in jedem Augenblick verzichten kann. Je schneller darauf verzichtet wird, desto besser!

Das bayrische Reserveheer

Im bayrischen Landtag hat gestern der Staatssekretär Dr. Schweyer die Stärke der bayrischen Einwohnerwehr und den Umfang der Bewaffnung öffentlich bekanntgegeben. Die Einwohnerwehr ist 320 000 Mann stark, sie verfügt über 240 000 Gewehre, 2780 Maschinengewehre, 44 leichte Geschütze und 34 Minenwerfer. Aus dieser Feststellung ergibt sich die ungeheure politische Gefahr der bayrischen Einwohnerwehr. Die bayrische Einwohnerwehr ist dreimal so stark wie die Reichswehr und hat 140 000 Gewehre und 1000 Maschinengewehre mehr zur Verfügung, als die gesamte deutsche Reichswehr nach dem Friedensvertrag besitzen darf.

Es ist ausgeschlossen, daß diese große Reservearmee mit ihrer ausgezeichneten Bewaffnung nur unterhalten wird zur Aufrechterhaltung der „Ruhe und Ordnung“. Mit dieser Reservearmee werden vielmehr aggressive Ziele verfolgt, und zwar nicht nur innenpolitischer, sondern auch außenpolitischer Natur. Die Stärke der bayrischen Einwohnerwehr ist die Macht der bayrischen Regierung. Auf sie stütze sich die Firma Kahr u. Co., als sie in allen Fragen ihre Sonderstellung gegenüber der Reichsregierung durchdrückt.

Erinnerungen an Schillers Schwester

Schillers Ältere Schwester, Christophine Reinwald, die dem Dichter besonders nahestand, war ihm an Eigenart und Charakter verwandt. In einem Aufsatz über Schillers jüngste Tochter Emilia von Gleichen in „Westermanns Monatsheften“ teilt Hermann Freiherr von Glogstein Erinnerungen aus ihren Alterstagen mit.

Die Mutter des Verfassers, Mathilde von Mansbach, die damals in Weimarin lebte, erzählt von Christophine Reinwald aus den 40er Jahren des vorigen Jahrhunderts: „Sie galt in jener Zeit für die Hauptmerkwürdigkeit des Städtchens, war aber auch eine ganz besondere Frau. In dem Hause einer Freundin war sie zu ebener Erde eingemietet. Ihre Wohnung, Stube und Kammer, hatte drei Fenster Front, und das Parterre war so niedrig, daß die Vorübergehenden die Bewohnerin ein heimliches Mütterchen, sitzen und arbeiten sehen konnten. Und wie sie arbeitete, die unermüdete, rüstige Geesin! Um bei ihrem sehr geringen Einkommen doch noch für die Armen erträglichen zu können, behielt sie sich ganz ohne Bedienung, sie wusch, säuerte, kochte, nähte bis zum letzten Tag ihres Lebens, das sie auf fast 87 Jahre brachte, unverdrossen und heiter — und wenn sie mit der Arbeit fertig war, dann malte sie zu ihrer Erholung. Die weißgetünchten Wände in ihrer Wohnung trugen nur Werke ihrer Hand als künstlerische Zierde. Kleine Kopien der besten italienischen Madonnenbilder und Christusköpfe hingen im Wohnzimmer, während die Wände des Schlafzimmers im Schmuck dunkler Blumenmalereien prangten. Wer sie lieb hatte, versorgte sie mit immer neuen Blumen, denn sie malte nur nach der Natur.“

Ihre Nichte Emilie, die Freiherren Adalbert von Gleichen-Kuhwurm geheiratet hatte, wohnte seit 1844 in Weimarin und stand mit der Tante in innigem Verkehr. „Tante und Nichte“, berichtet Mathilde von Mansbach, „sahen sich täglich, und die große Verschiedenheit ihrer Lebensverhältnisse hörte niemals die Jünglichkeit ihrer Beziehungen, so ehrethetlich, so froh und so reichhaltig. Emilie mit der alten Tante umzugehen.“ Frau Reinwald besuchte Emilie auch öfter und längere Zeit auf dem Lande und war hier erst glücklich, als man sie mit handanfassender Liebe in der Stube empfing, als man sie mit handanfassender Liebe in der Stube empfing, als man sie mit handanfassender Liebe in der Stube empfing.

Und wir wissen nunmehr auch warum das Reichsministerium, warum insbesondere der famose demokratische Innenminister Dr. Koch vor den Drohungen des Herrn Kahr immer wieder zu Kreuze trocken. Sie fürchten sich ganz einfach vor der bayrischen illegalen Militärmacht. Sie trocken vor den versteckten und offenen Drohungen des Herrn Kahr zu Kreuze, und heute ist es ganz einfach so, daß die bayrische Einwohnerwehr nicht nur Herr Kahr, sondern auch der Reichsregierung die Befehle des Handelns vorschreibt.

Das Eingeständnis der Verbrecher

Das Exekutivkomitee der 3. Internationale verberichtet den Putsch

Wahnsinnige und Verbrecher nennt der frühere Vorsitzende der Kommunistischen Partei, P. Levi, die Urheber des Putsches, die Söder, Brandier, Thalheimer und die übrigen Mitglieder der kommunistischen Zentrale. Aber ebenso klar spricht er aus, daß sie zugleich das Werkzeug waren in den Händen der Abgeordneten des Exekutivkomitees der dritten Internationale. Wir werden auf die abschreckenden Schilderungen, die der frühere Verbrecher und das spätere Opfer dieser gewissenlosen Verschwörergesellschaft von ihren Propagationsmethoden entwirft, sehr bald zurückkommen. Koch nie hat die Leitung einer politischen Gruppe schneller und gründlicher jede moralische Autorität, ja jede menschliche Achtung verwirkt, als die Exekutive der dritten Internationale mit ihren Sinowjew und Kadel an der Spitze.

Es ist daher keine Ueberraschung, sondern entspricht durchaus der Einschätzung, die wir dieser Körperschaft angedeihen lassen, wenn sie sich jetzt mit dem Putschverbrechen solidarisch erklärt, wenn sie, um mit Levi zu reden, für die „Kindschöpfe“, für die gewissenlosen, anarcho-kommunistischen Parteispione ergreift. Sie offenbart damit vor aller Welt ihren eigenen bakuninisch-anarchistischen Charakter und ihre Gemeingefährlichkeit für die Arbeiterbewegung. Wenn diese Leute, die von deutschen Verhältnissen keinen Schimmer haben, in das blöde Geschrei über Berrat einstimmen, so klammert das heute keinen Arbeiter in Deutschland einen Pfifferling mehr. Es ist eine Genugtuung, von diesen Leuten beschimpft und eine Schande, von ihnen gelobt zu werden. Ihre Kundgebungen verdienen nicht die geringste Beachtung, aber für sie selbst gilt dasselbe, was Levi ihren deutschen Mitstreitern zuruft: Sie sollen nie mehr wagen, deutschen Arbeitern unter die Augen zu treten.

Die Verbannung der Habsburger

Die deutsch-österreichischen Sozialdemokraten haben dem Nationalrat ein Gesetz vorgelegt, das die Bestimmungen über die Landesverweisung der Habsburger verläßt. Nach dem Gesetz vom 3. April 1919 sind Mitglieder des Hauses Habsburg aus dem Bereich der Republik verwiesen. Das neue Gesetz der Sozialdemokraten stellt nun eine Verweisung des Landesverweisungsgesetzes unter Straffunktion. Danach macht sich ein Angehöriger des Hauses Habsburg-Böhmischer des Verbrechens der Störung der öffentlichen Ruhe schuldig, der sich unbesult auf dem Gebiete der Republik Österreich aufhält und ist auf schweren Kerker von einem bis zu fünf Jahren zu erkennen. Wer sich in irgend einer Form an diesem Verbrechen mitschuldigt macht, indem er eine Anzeigebriefe oder deren Befolgung zu hindern oder zu erschweren sucht, oder dem Verbrecher auf was immer für eine Art Hilfeleihe Hand bietet, ist zu schwerem Kerker von sechs Monaten bis zu einem Jahr zu erkennen. Das Hauptgewicht des Gesetzes ist natürlich auf den zweiten Absatz zu legen, der die Mitschuldigen an diesem Verbrechen verurteilt. Aber das Gesetz ist zweifellos die angemessene Form, dem Unfug der Habsburgerreisen zu steuern.

Polnische Handelsverträge. Aus polnischer Quelle wird gemeldet, daß nächstens ein Handelsvertrag zwischen England und Polen und Polen und Italien abgeschlossen werden wird. Auch eine rumänische Handelsdelegation wird für die nächste Zeit in Warschau erwartet.

Der Generalstreik in England

Lloyd George will die Gründe wissen

London, 12. April.

Lloyd George hat in einem Schreiben an die Führer der Eisenbahner und der Transportarbeiter um Mitteilung der Gründe gebeten, aus denen sie eine Entscheidung getroffen hätten, die ihren eigenen Landeseigenen einen so schweren Schaden zufüge.

Das Manifest des Dreibundes

London, 14. April.

Auch die Morgenpresse gibt nicht alle Hoffnung auf eine Beilegung des drohenden Streiks der Eisenbahner und Transportarbeiter auf. Der politische Mitarbeiter des „Daily Chronicle“ schreibt: Es herrsche die Ansicht, daß ein Streik des Arbeiter-Dreibundes nicht länger als zwei Wochen dauern könne. Demselben Blatte zufolge haben auch die Straßenbahnführer beschlossen, in den Ausstand zu treten. In dem Manifest des Arbeiter-Dreibundes heißt es: Der Kampf der Bergarbeiter sei keineswegs ein politischer, „wir verkünden nicht die Revolution, wir heben Schalter an Schalter für die fundamentalen Rechte der Gewerkschaften, der Kampf muß und wird gewonnen werden.“

Sympathieerklärung des Lokomotivpersonals

Die Lokomotivführer und Heizer, die eine von der Nationalen Gewerkschaft der Eisenbahner unabhängige Vereinigung bilden und deren Haltung bisher zweifelhaft war, haben beschlossen, am Freitag auch ihrerseits den Ausstand zu beginnen.

Der neue Kurs in Rußland

Befestigung des Landbesitzes

DC. Niga, 12. April.

Das russische Zentralerekutivkomitee wendet sich in einem Beschlusse gegen die regellosen Neuauftellungen von Ackerland. Infolgedessen sinkt die Produktivität der Landwirtschaft, da die Bauern sich ihres Bodenbesitzes nicht sicher fühlen. Das Zentralerekutivkomitee ordnet an, daß künftig Neuauftellungen von Ackerland erst wieder neun Jahre nach der letzten Teilung und nur mit Genehmigung der Kreisverwaltungen des Kommissariats für Landwirtschaft erfolgen dürfen. Der Landbesitz der Bauern, der aus der Verteilung des großen und mittleren Grundbesitzes herührt, soll, wo dies noch nicht geschehen ist, binnen Monatsfrist allenmäßig festgelegt werden, sofern er die vorgeschriebenen Grenzen nicht überschreitet. Gleichzeitig wird den Kollektivbetrieben Ackerland zugewiesen, das sich in regellosem Einzelbesitz befindet; auch darf die Bildung von Kollektivbetrieben nicht durch erhöhte Bodenabteilung begünstigt werden.

Die Genossenschaften und der freie Handel

DC. Helfingfors, 12. April.

Durch ein Dekret der Sowjetregierung werden die Genossenschaften nunmehr für frei erklärt und ihnen wird die Aufgabe zugewiesen, die Leitung des Handels der Sowjetrepublik zu übernehmen. Jedoch soll das russische Zentralerekutivkomitee das Recht haben, Mitglieder in den Genossenschaftsleitungen zu ernennen. — Der Moskauer Sowjet hat den freien Handel auf den Märkten, in den Teehallen, Speisehallen, Gemüse- und Lebensmittelgeschäften sowie auf Fuhrten und in den Standbuden gestattet.

Die Lohnforderungen der deutschen Bergarbeiter

Essen, 12. April.

In der heutigen Verhandlung zwischen den Vertretern des Zechenverbandes und der Bergarbeiterverbände über die Ueberhöhung- und Lohnfragen wurde die Grundlage zu einer Verständigung gefunden. Ueber einige strittige Punkte wird in den nächsten Tagen noch verhandelt werden.

und sank lautlos in die Kissen zurück. Sie hatte kein Licht im Zimmer, nur der Mond schien durch den dünnen Mousselinvorhang und beleuchtete das stille Gesicht. Die Wärterin trat hinzu und konnte sich bald überzeugen, daß ihre langjährigste Wohltäterin in ein besseres Leben eingegangen.

Musik

Von H. J. Windisch

Nach langer Zurückgezogenheit dirigierte Siegfried Wagner in Berlin unter Mitwirkung der Philharmoniker Bruchwälders aus der Halle seines Bühnenschauspiels, darunter zwei Vorträge aus seinen noch unvollendeten „Opern Der Friedensengel“ und „Der Schmied von Marienburg“. Man kann sich leicht bei strengster Objektivität des Eindrucks einer dogmatischen Veranstaltung nicht erwehren, weil Siegfried Wagner in seinem Produktionsrichte ein das Vorbild seines Vaters gebannt ist, ohne die Ausdrucksmittel zu beherrschen, auch nur entfernt Gleichwertiges nachzuahmen, geschweige denn fortentwickelnd das gemaltene Erbe zu erweitern. Wangel an spezifischer Inspiration und zwingender Unmittelbarkeit im melodischen Substrat und kläglichem Unterbau ist durch akademisch konstruktive Anweisung markiert, die in phlegmatischer Breite und Lebensfalschheit mit verbrauchten Klösteln harmonisiert und moduliert. Mit keiner Würde ohne eine Spur von geistiger und leiblicher Durchdringung fährt der Wagner-epigone den Taktstock, nahm dem Elftischen „Rephisto-Walzer“ jede geniale Leidenschaftlichkeit und war den Worten seines Vaters nur ein unzureichender Interpret. Walter Kirchhoff, dessen Organ infolge naturlichen Tonanlasses in der Mittelstufe immer mehr an Klangstrahlbarkeit verliert, lang das Preisstück aus den „Meisterjüngern“ und die Grafzerzählung aus „Dobongin“. An forcierten Stellen in der Höhenlage entlud er seine aufgeregte Stimmkraft atombombisch und brüllte wie ein Berberker.

Kurze Zeit vorher hatte der junge Pianist Claudio Arrau den „Mephisto-Walzer“ von Liszt gespielt. Der Kontrast in der grundlegenden Art der beiden Auffassungen riefte die impulsive Begabung Arraus in ein besonders vorteilhaftes Licht. Angehobene Raffinesse und bedeutende technische Fertigkeit sind in seinem Vortrag zu einer höheren Einheit gepaart, die in kantilen Partien über alle virtuellen Luft hinweg auf verlässliche Ruhe deutet. — In gleichem Maße festete Elise Götler durch kräftiges Temperament und eigenempfundene Ausdeutung mit der Uebergabe des Gregorischen H. Moll-Klavierskonzertes, Klänge Macht und schmeckendes Vergnügen. Sie ist aus der natürlichen Elastizität ihren Anspruchs. — Waldemar Lütjens hielt sich an ein streng klassisches Programm. Seine Finger sind nicht lenkbar genug, um das kleine H. Moll-Rondo von Mozart in offener Leidenschaft tänzeln zu lassen, und in seiner sachlichen Darstellungsmanier regt sich zu wenig Musikantenwitz, der zur Befreiung der einfachen, unerschöpflich ausfindenden Melodie der leider viel zu wenig geübten Schwebenden Klavierpersonale unentbehrlich ist. — Als Meister von ungeheurer Gehaltungsreich-

tum und jugendlicher Macht der Gefühlsausführung spannte Josef Dembaur alle Nerven und hielt sich ausgewählte Empfindungen bis zum letzten Akkord in stöbernder Hingabe. Die schwärmerische Glut, die aus Schumanns „Durstphantasie“ aufsteigt, ist in einem Rausch des Erlebten, war Wiederholung der Romantik in zauberlichsten Klängen. Dieses Wogen und strömende Wachen in den melodischen Linien, diese nie geahnten dynamischen Werte und Farbenänderungen in Akkorden und ineinander-mischenden Harmonien. Metaphysischer noch durchdrang er die „Wanderfantasie“ in der Kühnheit ihrer Deutung in der Wälderleiterkollaps ihrer Ausbreitung, in der abgeklärten Schönheit ihrer unerschöpflichen Klangorganisation.

Im 8. Orchesterkonzert des Andrus gelangte das Klavierkonzert op. 6 des Balgaren Pancho Vladigeroff zur Erstausführung, ein Werk voll änderer Kräfte, das durch exotische Abstraktionen und reiffe Elemente einen bestimmten Klangcharakter trägt, dem Soloinstrument wichtige Entfaltungsmöglichkeiten bietet und in Einzelheiten durch erkennbare Beherrschung der orchestralen Ausdrucksmittel von harter Wirkung ist. Der Komponist führte den schwierigen Klavierpart mit wildem Temperament, wurde aber an einem ungenügenden Aufsehen durch die Unfähigkeit des begleitenden Dirigenten Arthur Löwenstein, der ansatzlos an der Partitur haftete, sehr behindert. — Der darauffolgende Kammermusikabend in der Reihe der Andrus-Berantastungen brachte eine Violinsonate von Gustave Samazeuilh, die in weltgeschwungenen Linien einpässlich melodisch aus dem Charakter der Geige hervortritt, im Klavierpart aber gegenüber der gefühlvollen Führung der Solostimme mit zu dickflüssiger Kontrapunktik überladen ist. Boris Kravt wurde nicht in allen Einzelheiten den technischen Anforderungen des Stückes gerecht, während Karla Danas für diese Art von Musik einen wunderbaren Einfühlungsvermögen mitbringt, der erst in den beiden schwerer liegenden Klavier-Sonaten von Scriabin ein ergiebliches Auswirkungsfeld fand.

Aus dem Ueberangebot von Sängern rief Inge Thosten, die Sopranistin des Hamburger Stadttheaters, durch die reife Kultur ihres Vortrags, durch die mühselige Bewältigung aller technischen Mittel und durch den prächtig ausgeglichenen, traufähigen Wohlklang ihres Organs in die Region echten Kunststimmens. Von gleichen qualitativen Eigenschaften ist auch der junge Alt Emmi Reznars, die in dem Konzert Elise Götlers in der Philharmonie erneut von der Wirkungskraft ihres unvollkommenen Könnens überzeugte und in ständig zunehmender Intellektualisierung und wachsender Tonergiehaftigkeit zu ausserordentlichen Leistungen berufen ist.

Mit einem Bach-Motari-Abend vervollkommnete Adolf Busch den erhabenen Eindruck, den man kürzlich auf einer abschließenden Veranstaltung seines kongenialen Doppelpängers Edwin Fischer in Köln aufgenommen hat. So ein Gegenmeister von vollständiger Musikantenart mußte erstehen, um die geistige Intellektualität auch in kommenden Generationen zu vererbendern. Alles, was Busch anord, atmet gesunde Natürlichkeit und jeder Mittelbarkeit entzogene Berührung. Mit unerschöpflichem Instinkt, kernig im Ausdruck und doch feinsüßig bis in

Bassenschieber vor Gericht

Ausschluss der Öffentlichkeit

Wegen Verbrechen gegen das Entwaffnungsgesetz, militärischer Unterdrückung und öffentlicher Unfugend wurden am heutigen Donnerstag vier ehemalige Angehörige des Maschinen- und Gewehrfabrikanten in Potsdam vor dem Potsdamer Gerichtssaal vor Gericht gestellt. Der Prozess beschäftigt bereits die Potsdamer Straftammer, wurde aber wegen Unzulänglichkeit derselben vor das Schwurgericht verwiesen. Zu der heutigen Verhandlung, die Landgerichtsdirektor Heller führt, sind der frühere Kompanieführer Dehmel und andere militärische Personen als Zeugen geladen.

Die Anklage weist den Angeklagten vor, im September und Oktober vorigen Jahres versucht zu haben, 200 Maschinengewehre an Berliner Schieber zu verkaufen. Durch diesen Versuch wurde ein großes Maschinengewehrlager in einem Potsdamer Depot der Stadt vorgefunden und sofort vom Reichsentswaffnungskommissar beschlagnahmt. Zu welchem Zwecke dieses Lager geheim gehalten wurde, soll im Laufe der Verhandlung ermittelt werden.

Der Staatsanwalt Dr. Gysae beantragte den Ausschluss der Öffentlichkeit wegen „Gefährdung der Staatsicherheit“ und erbat sich zur Begründung seines Antrages in einer nichtöffentlichen Sitzung das Wort. Den Vertreter der Verteidigung wurde auf Anregung des Staatsanwaltes während der Begründung seines Antrages die Anwesenheit gestattet. Der Staatsanwalt führte aus, daß die Hauptverhandlung der Angeklagten dahin gehe, daß es sich hier um ein unredlich gehaltenes Maschinengewehrlager handle. Er beantragt auch, die Presse während der Verhandlung auszuschließen. Dem widersprachen aller drei Anwälte, die Herren Kretzschmar, Richter-Berlin und Rink-Potsdam. Das Gericht beschloß daraufhin, die Presse auszuschließen.

Der Ausschluss der Öffentlichkeit liegt im Interesse der Nation. Es soll nicht bekannt werden, daß das geheime Waffenlager von Offizieren für dunkle Zwecke angelegt worden war.

Die Betrogenen

Die Gefangenen des Leunawerks, etwa 1000 Mann, sind am Montag mit einem Sonderzug nach Wittenberg gebracht worden. Sie werden dort in einem Gefangenenlager untergebracht.

Während des Generallagers ist auf die „Sozialzeitung“ in Halle ein Attentat verübt worden. Eine geballte Ladung Handgranaten wurde in den Maschinenraum geworfen, die Explosion richtete größeren Schaden an. Der hiesige Kriminalpolizei ist es jetzt gelungen, die Täter festzunehmen. Es sind fünf Arbeiter, die den Behauptungen der Kriminalpolizei zufolge im Auftrage der kommunistischen Parteileitung das Attentat ausgeführt haben sollen. Ob diese Behauptung den Tatsachen entspricht, muß die weitere Untersuchung ergeben.

In Ammendorf, einem großen Industrieort zwischen Halle und Merseburg, hat die Gendarmerie während der Osterfeiertage fürchterliche gehandelt. Es ist zu wahllosen Requisitionen und Plünderungen gekommen, außerdem wurden einige Sprengungen vorgenommen, durch die eine Brücke und das Bahnhofsgebäude zerstört wurden. Die unter der Maske der Eroberung der politischen Macht verübten Verbrechen haben selbst bei den kommunistischen Anhängern in Ammendorf großes Entsetzen hervorgerufen. Eine Massenflucht aus der Partei hat eingesetzt. Nunmehr ist auch der Vorsitzende der K. A. P. D. in Ammendorf aus der Partei ausgestiegen. Er begründet seinen Schritt damit, daß er über wichtige Vorkommnisse in der Partei nicht unterrichtet worden sei.

Der Präsident der Hamburger Bürgerschaft teilte in der Mittwoch-Sitzung dem Hauze mit, daß ihm Austrittserklärungen der drei kommunistischen Abgeordneten Reich, Ehrenfried Wagner und Hindenburg zugegangen seien. Trotzdem erschien Reich in der Sitzung und gab die Erklärung ab, daß er die Unterschrift unter der Austrittserklärung nicht als die seine anerkennen könne.

Neue Zuchthausurteile

Das Ausnahmegericht in Ultona hat am Dienstag gegen die Arbeiter Broschinsky, Gähmann und Gähbner verurteilt. Die Genannten waren des versuchten Mordes angeklagt. Sie sollen in der Nacht zum Donnerstag in Schiffsdock der Unterwachmeister der Sipo, Hättmann, durch einen Schuß verletzt haben. Das Gericht ließ die Anklage auf Verbot zurück fallen und erkannte als strafmildernd an, daß die Angeklagten in der fraglichen Nacht kanlos betrunken gewesen

seien. Broschinsky wurde zu 3 Jahren Zuchthaus, 6 Jahren Ehrverlust verurteilt. Gähmann erhielt 4 Jahre Zuchthaus, 10 Jahre Ehrverlust zusätzlich zweier Jahre Zuchthaus wegen Verwehrens gegen das Entwaffnungsgesetz, zusammen 5 Jahre, 6 Monate Zuchthaus.

Das Zuchthausurteil, das gestern in Halle gegen neun Mitglieder der kommunistischen Partei gefällt worden ist, führte sich auf den sogenannten Sprengstoffparagrafen. Die Angeklagten sollen auf das hiesige Volkspräsidium einen Dynamitanschlag verübt haben. Die Verhandlung hat ergeben, daß im Gebäude der kommunistischen Zeitung „Der Klassenkampf“, 33 Fafete Dynamit versteckt lagerten und von dort aus weitergegeben wurden.

Das hiesige Ausnahmegericht hat außerdem noch eine ganze Reihe von Arbeitern zu Gefängnisstrafen verurteilt, die unter Zwang an dem Zustand teilnahmen. Einige wurden freigesprochen, andere erhielten Bewährungsstrafe. Der Arbeiter Ernst Groß aus Ammendorf, der Fafete angeschlagen hatte, die die Unterschriften Lemd und Bowski trugen, und der außerdem auf Anordnung des Aktionsausschusses Lebensmittel abgehoben hatte, erhielt zwei Jahre Zuchthaus und fünf Jahre Ehrverlust. Die Arbeiter Schröder und Schreiber bekamen je ein Jahr Zuchthaus und fünf Jahre Ehrverlust wegen Verwehrens und Vergebens gegen das Sprengstoffgesetz, der Arbeiter Henning zwei Jahre Gefängnis.

In Wiesbaden wurden der kommunistische Führer Greis und ein anderer Arbeiter zu je 6 Wochen Gefängnis verurteilt, weil sie Flugblätter verbreitet hatten, die zum Generallager aufforderten. Bei einer Hausdurchsuchung in der Wohnung eines Kommunisten sollen Papiere beschlagnahmt worden sein, aus denen die Absicht hervorgehe, daß das französische Militärgerichtsgebäude in Wiesbaden in die Luft gesprengt werden sollte.

Hermes klagt

Heute beginnt vor der achten Strafkammer des Landgerichts I ein Befreiungsprozess, den der Ernährungsminister Dr. Hermes gegen den verantwortlichen Redakteur des „Vorwärts“, Dr. Werner Heizer, angestrengt hat. Die Anklage wird von Staatsanwalt Gerlach vertreten, während die Verteidigung des Angeklagten Rechtsanwalt Wolfgang Heine und Justizrat Weichauer übernommen haben.

Dem Prozess liegt ein Artikel der Sozialistischen Korrespondenz zugrunde, der am 8. Dezember v. J. im „Vorwärts“ veröffentlicht worden ist. In dem Artikel war der Fall Augustin in der Öffentlichkeit bekannt und es wurde in ihm behauptet, daß Hermes durch den Staatssekretär Ramm von Augustin zur Last gelegten Verfehlungen bereits unterrichtet worden war, als er ihn zum Abteilungsleiter ernannte. Es wurde dann weiter auf den Fall des Regierungsrats Dr. F. J. Bezug genommen, der sich in seiner Eigenschaft als Deputierter für die Ein- und Ausfuhr von Lebensmitteln erhebliche Provisionen habe zahlen lassen. Zugunsten der Artikel gegen den früheren in der Reichswehrstelle tätig gewesen Direktor der „Anari“ Schwoon, dem man eine ähnliche Verfehlung zur Last legt. Schließlich enthält der Artikel noch Angriffe auf den Regierungsrat Dr. Heilmann vom Ernährungsministerium.

Alle diese Fälle sollen in der Verhandlung aufgerollt werden, da der Beklagte den Wahrheitsbeweis antreten will. Es sind eine ganze Anzahl von Zeugen aus dem Reichsernährungsministerium, unter anderem Regierungsrat Dr. Bittong, der frühere Stabschef Dr. Cavalle geladen, die bereits in einem früheren Prozess gegen Hermes Zeugnis abgelegt haben.

Die Rache der Agrarier

Erst vor wenigen Tagen haben wir mitgeteilt, daß der deutsche nationale Landbund offenbar zur Bekämpfung der Forderungen der Bauern der russischen Regierung die Ueberweisung von 10 000 russischen Landarbeitern gefordert hat, und zwar aus den russischen Gefangenenlagern. Zu diesem Zweck also waren den Herren Deutschen die bolschewistischen Kriegsgefangenen gerade recht, das aber hindert den Landbund nicht, die Angelegenheit Dr. Mittelmann gar nicht, eine Anfrage an die Reichsregierung zu richten, worin behauptet wird, daß von russischen Kriegsgefangenen Raubüberfälle und Stillschleppensverbrechen in Pomern begangen worden seien.

Da den Agrariern die russischen Gefangenen zur Ausnützung als billige Arbeitskräfte bisher nicht überlassen worden sind, so wollen sie sich jetzt an ihnen anscheinend dadurch rächen, daß sie sie als Raubgefangenen verurteilen.

Bekanntest Wohnungschieber. Wegen Wohnungsschiebungen wurde der Leiter des hiesigen Wohnungsamtes in Mühlhausen, Müller, zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Groß-Berlin

Aus dem Sumpf unserer Gesellschaftsordnung

In einer Verhandlung, die gestern vor der 7. Strafkammer des Landgerichts I stattfand, konnte man einen tiefen Blick in den Sumpf unserer Gesellschaftsordnung tun. Bei der Straftat haben sich Volkspolizei berartig beteiligt, daß selbst der Gerichtsvorsitzende Dr. Weigert einen der Spiegel namens Friedrich fragte, ob er denn keine Empfindung für die grenzenlose Gemeinheit habe, als Beauftragter der Kriminalpolizei anständige Geschäftsleute in eine Falle zu locken!

Mit Verlaß, Herr Landgerichtsdirektor! Woher erhalten diese Spiegel denn anders den Anlaß zu ihrer grenzenlosen Gemeinheit als durch den Auftrag der Polizei? Dieselbe Verwerflichkeit, die der Gerichtsvorsitzende in der Handlungsweise der Spiegel feststellte, liegt in der Handlungsweise der Polizei. Diese ist sogar noch schlimmer, als es eine staatliche Behörde ist, die den moralisch heruntergekommenen Elementen Aufträge erteilt und sie für ihre „grenzenlosen Gemeinheiten“ aus den Taschen der Steuerzahler bezahlt!

Die Verhandlung leuchtete in ein typisches Großstadt-Milieu. Die Hauptrollen spielten sog. „Genies“, wie sie des Nachmittags in den Berliner Kaffeehäusern mit halben Lackstiefeln, feinen Strümpfen, Gürtelketteln und vielfach monofeldhafteren, und bei denen man nicht weiß, ob sie Schieber, Kavaliereindröcker, Kriegsgewinnler, Zuhälter oder Volkspolizei sind.

Der Verhandlung selbst lagen folgende Vorgänge zugrunde:

Im November 1919 erschien die Angeklagte Kahl in Bekleidung eines Herrn, der sich als Zahnarzt Dr. Fehrenbach ausgab, in Wirklichkeit aber ein Schauspieler Max war, bei der Inhaberin der Galvanisieranstalt Baer und erklärte, daß sie gehört habe, daß Frau B. einen Goldbarren zu verkaufen habe. Die Verhandlungen führten dazu, daß der angeklagte Dr. Fehrenbach sich bereit erklärte, den Goldbarren im Gewicht von einem Kilo zum Preise von 40 000 Mark zu kaufen. Er wurde am nächsten Morgen seinen Privatsekretär mit dem Gelde schicken. Tatsächlich erschien am nächsten Morgen der „Privatsekretär“, den Frau B. in der Person des jetzigen Angeklagten Kaesler wiedererkennt, erklärte, das Gold im Namen der Regierung beschlagnahmt zu müssen, da es aus eingeschmolzenen Zwangsamarkstücken bestehe. Zugleich ließ er zur Tür hinaus: „Wachmeister, kommen Sie mal raus“, worauf auch ein Mann in der grünen Polizeiuniform erschien. Inzwischen war der „Privatsekretär“ mit dem Goldbarren verschwunden, die Firmeninhaberin ließ hinterher, und als sie zurückkam, war auch der angeklagte Volkspolizist verschwunden. Die Geschädigte wandte sich, da es ihr hauptsächlich auf die Wiedererlangung des Goldbarrens ankam, an den Detektiv Gröger, der den Schwindlern innerhalb 24 Stunden die wertvolle Beute wieder abjagte und das Gold in einer Schmelze aufschmolzte.

Auch in den übrigen Anklagefällen handelte es sich um ähnliche „Beschlagnahmen“. Der Erlös aus den Schwindereien wurde von Kaesler und seinen Freunden in der unglücklichsten Weise verpraktet; so wurde u. a. von sechs jungen Leuten in einem Lokal in Finkenwalde am 20. Dezember eine Geldscheine von 22 200 Mark gemacht. Das Gericht erklärte in den Strafsätzen eine besonders niedrige Gefängnisstrafe und hielt für solche Leute, die sich in Cases herumtreiben und die Gelegenheit zu raffinierten Betrügereien ausnützen, eine strenge Strafe für geboten. Kaesler und die Kahl wurden zu je 3 Jahren Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust verurteilt, Magaleth wurde freigesprochen.

Der beurlaubte Oberbürgermeister

Die für kommenden Freitag vorgesehene Sitzung der Potsdamer Stadtverordnetenversammlung, in der die berühmte Millionenbutteraffäre auf Grund des Berichtes des Untersuchungs-ausschusses behandelt werden sollte, ist in letzter Stunde vertagt worden, da der bis 19. April beurlaubte Oberbürgermeister Böscher den Stadtverordnetenvorsitz ersucht hat, diesen Gegenstand auf die Tagesordnung zu legen, wenn er selbst der Verhandlung betommen könne. Es ist überflüssig zu betonen, daß dieser Oberbürgermeister, der die Stadtverordnetenversammlung als eine von ihm abhängige Körperschaft behandelt, eine deutsche nationale Größe ist. Wir wollten mal das Gehör der deutschen Presse hören, wenn ein sozialistischer Oberbürgermeister sich eine derartige Frechheit herausnehmen würde.

Ein Hochhaus als Regierungsgebäude

Der Reichsminister des Innern hat, dem „Berl. Tagebl.“ zufolge, angeordnet, die wichtigsten Ministerien und Regierungsstellen, die das Reich in Berlin unterhält, in einem Hochhaus (Wolkenkratzer) unterzubringen, das neu zu erbauen wäre. Die Erparnis an Arbeitszeit, Postendiensten und Benzinverbrauch, die dadurch eintritt, und die Entlastung für das Publikum sind unerkennbar. Indem andere Regierungsämter in die freierwerbenden öffentlichen Gebäude nachrüden, könnten zahlreiche, für Bureauzwecke kostspielig angemietete Gebäude wieder für den Wohnungsmarkt freierwerden. Hoffentlich beachten sich die Behörden etwas mit ihren Beratungen, die Befreiung der Baukäufleute und die Bekämpfung der Wohnungsnot sind dringend notwendig.

Halsmaß. Ein Leser schreibt uns: Am Dienstag habe ich den jetzt nach Berlin eingeladenen Botari Schmidt als Aufseher und mich über den monarchistischen Geist gewundert, der nicht den Einwählern, sondern der Gemeindeverwaltung innewohnt. Das Gemeindevorstand hat mit einer schwarz-weiß-rotten Fahne Paskalm geflaggt, zu Ehren der Frau Kaiserin. Der Gemeindevorstand, der mir als äußerst konservativ geschildert wurde, hat den Auftrag dazu gegeben. Er nimmt zwar von der demokratischen Verwaltung sein weit über 30 000 M. pro Jahr betragendes Gehalt, handelt aber nicht nach dem von ihm auf die Reichsverfassung gestellten Dienst. Er ist monarchistisch und kennzeichnet sich uns äußerlich dadurch, daß er dem früheren Regime der schwarz-weiß-rotten Fahne huldigt. In der Bezirksgesellschaft hätte man einen derartigen gegen seine Regierung handelnden Beamten mit Dienstentlassung bestraft, was geschieht jetzt mit ihm? Er wird jedenfalls bald Stadt- oder Regierungsrat werden! Hat denn der Dienstfeld überhaup noch Zweck? Sofort müßten solche Beamte vom Dienst suspendiert werden, erst dann können wir mit besseren Verhältnissen rechnen.

Zum 1. Mai

Wir demonstrieren!

5 Lieder für Massengefang

50 Pfennig

Organisationen und Händlern hoher Rabatt

Buchhandlung „Freiheit“, Berlin C 2

Dreize Straße 80

die kleinste Nuance strich er Mozarts D-Dur-Konzert und erfüllte das Brandenburgische D-Dur-Konzert von Bach mit frohem Wohlklang. Ein gut geschultes Kammerorchester stand ihm zur Seite und Meister wie Rudolf Serkin (Klavier) und Henri de Busser (Viola) teilten sich mit ihm in den Solopartien.

Arbeit. O wie ich dich liebe, segnende Güte, Arbeit! Du bist wie die Sonne, erdärmend und mütterlich!

An meiner Hobelmaschine stehend, lasse ich mechanisch meine Hände spielen, wie Sonnengesträhle unter dem lebendigen Schirm des unteren Waldgebüsches.

Und während meine Hände die Regungen der laufenden Hobelmaschine fassen, darf mein Geist mit der Seele lustwandeln. Wo es schön ist, dahin fliegen die Gedanken.

Die Zeichnungen liegen fertig vor mir. Mein Schaffenswille hat sie gezeugt. Während ihrer Ausarbeitung war ich in dem wunderbaren System der Zahlenarbeiten ein gern gefeierter Gast: ein Aufstrebender, Beobachtender, Wertender und Umwerbender.

Nun flüchte — du mein runder hölzerner Schlegel — höre den scharfen Reibel ins duftende Fleisch des tolgan Holzes — was mein Herz ersehnt — das wird! Ich bilde lebende Flammen, segnende Wolken — und den Geschlechtsakt der Blüten lasse ich in meinem Holzwerk den Menschen als nachwachsendes reines Heiligkeitsgeschreyen leuchten.

O wie ich dich liebe, segnende Güte, Arbeit! Wie du meinen ruhenden Abend umstrahlst. Wie leicht und langsam führt du meine flatternde Feder — wenn sie in letzter Pütering das in flingende Form ummüht — was mich des Tages gestreut, beglückt und bereichert hat.

Arbeit — du und der Tod — der neugeborende — Ihr seid meine großen Freunde! Max Dostu

Die Genossenschaft Deutscher Bühnengedrigter bezieht am 19. April 1921 in Frankfurt a. M. die Feier ihres 50-jährigen Bestehens. Dem Festakt wird sich an den folgenden Tagen die ordentliche Vertreterversammlung anschließen. Die Vertreterversammlung liegt ein außerordentlich großes Material von Anträgen vor, die von verschiedenen Mitgliedern, Ortsgruppen, Bühnengruppen und der Satzungscommission ausgehen. Der Versuch der Prominenten, d. h. der außerordentlichen Schauspieler, die Bühnengedrigten zu sprengen, ist vorläufig gescheitert. Doch werden nicht nur diese Absichten, sondern auch das Komplotz, das die Genossenschaft mit den Prominenten abgeschlossen hat, und die Anträge des Bezirksverbandes Berlin zu erzwingen, die durch den Anlaß geben. Geschäft werden die Kämpfe nicht nur durch die hiesigen Bühnengedrigten, sondern auch durch den Bühnenstand der Theatergehörigen, sondern auch durch die bürgerliche Presse, die zwar mit diffusen und die Hege der bürgerlichen Kultur treibt, wenn sie aber vor den Mimen einen sogenannten künstlerischen Verpflichtungen schreibt, sie an ihre sogenannten künstlerischen Verpflichtungen erinnert. Geradezu komisch ist es, wenn zum Beispiel der Berliner Börsen-Courier behauptet, daß die gewerkschaftlichen Forderungen der Schauspieler auf „persönlichen“ Motiven beruhen, daß der Kampf der proletarischen gegen die kapitalistischen Schauspieler nur Reich ist. Bisher war es selbstverständlich, daß alle gewerkschaftlichen Kämpfe sich aus dem „persönlichen“ Selbst des Proletariats ergeben haben und daß die Gewerkschaftsbewegung in erster Linie dazu da ist, die durch Mißstände hervorgerufenen persönlichen wirtschaftlichen Leiden zu beseitigen. Die „künstlerischen“ Absichten der gewerkschaftlichen Kämpfe, die gewöhnlich eine Rückkehr auf das Unternehmertum and, haben sich die Bühnengedrigten unter dem Druck der Zeit erfreulicherweise abgewöhnt, hoffentlich folgt ihnen die Kritik darin nach.

Unter den Anträgen, die der Genossenschaftstagung vorliegen, scheint uns der Antrag des Ortsverbandes der Volkshäuser von Bedeutung. Während der Bezirksverband Berlin eine Betriebs-technisch verfehlte Lösung in der Kündigungsfrage als Antrag angenommen hat, findet der Ortsverband der Volkshäuser eine richtigere, indem die Direktoren bei allen Tarifabschlüssen verpflichtet werden sollen, ihr Entschließen nach Konsultation und Zustimmung der Arbeiter zu halten. Die Möglichkeit, schlechte Kräfte abzustößen, muß natürlich dem künstlerischen Leiter erlassen bleiben.

Vom 11. bis 14. Mai findet übrigens in München die Generalversammlung der Theaterdirektoren, des Deutschen Bühnenvereins statt. Wir können uns also auf große gewerkschaftliche Debatten und Kämpfe im Theater in der nächsten Zeit gefaßt machen.

Ein widererwarteter Komet. Das Greenwich-Observatorium teilt mit, daß am 10. April der Komet Venus-Wannede wieder entdeckt worden ist. Der Komet wird die Erdbahn etwa am 11. Mai, zehn Tage vor der Erde, kreuzen. Die Gefahr eines Zusammenstoßes besteht nicht.

Tages-Notizen

Volkshaus-Schule Groß-Berlin, Arbeiterkassen-Kassen. Die bisher eingetragenen 27 500 Mitglieder der Volkshaus-Schule, Berlin, werden in die Arbeiterkassen-Kassen der Volkshaus-Schule einbezogen. Beginn: 15. April. Umgehungen unter Vorlegung der Mitgliedsurkunde vom 7. bis 14. April (10-11 und 1-7 Uhr) im Zimmer 218, Rathaus-Kassen. Beginn: 15. April, für den Rest. — Die von den ehemaligen Interessierten für Arbeiter eingetragenen Beiträge (Deutsch und Reform) werden fortgesetzt. Neu eingetragen werden Kurze in Deutsch und Reform. Gebet wird in den 4 Deutsch-Säulen: Rechtschreibung, Schreiben, Zeichenlehre, Waschen und Brandloren der Literatur; in den 5 Reform-Säulen: Rechtschreibung, Rechtschreibung, Anrechnung und Rechtschreibung und Anrechnung. Beginn: 15. April, abends 7-9 Uhr, im Kaiser-Wald-Saal. Beginn: 15. April, abends 7-9 Uhr, im Kaiser-Wald-Saal. Beginn: 15. April, abends 7-9 Uhr, im Kaiser-Wald-Saal.

Städtische Handwerkskammer und Kassen. In den Räumen des Kassen-Vereins der Handwerker, Berlin, Kassen-Vereins, Berlin, sind von 7. April an die Volkshaus-Schule Groß-Berlin, Arbeiterkassen-Kassen, Berlin, abends 7-9 Uhr, im Kaiser-Wald-Saal, Beginn: 15. April, abends 7-9 Uhr, im Kaiser-Wald-Saal.

Kleine Mitteilungen. Von der Zeitschrift „Die weißen Hirsche“ die von uns an nur noch in Gedenkschriften unter der Leitung eines jenseitigen amtierenden Herausgebers erschienen, in dessen das erste Heft „Kollektive“ im Verlage der „Freiheit“, herausgegeben von Prof. Dr. G. M. G. Berlin, erschienen ist.

16. Verwaltungsbezirk. Freitag, abends 8 Uhr, Bezirksversammlung im Cöpenicker Rathaus. Die Protokolle hat um 5 Uhr Sitzung. Eintrittskarten bei Genossen Nid erhältlich.

Die Bezirksversammlung des 7. Verwaltungsbezirks (Charlottenburg) hielt am Mittwoch eine kurze Tagung ab. Die Vorlage über die Bildung von Deputationen wurde einem Ausschuss überwiesen. Entsprechend einem Ausschussbeschluss wurde an das Bezirksamt das Ersuchen gerichtet, alles zu tun, um die Not der Erwerbslosen zu lindern und beim Magistrat Berlin zu beantragen, daß die feinerzeit gestrichenen 6 Millionen Mark für Notstandsarbeiten im Haushaltsplan wieder eingestellt werden. Ferner soll ermöglicht werden, daß das feinerzeit abgelehnte Projekt über den Ausbau der Jungfernhöhe zu Erholungs- und Siedlungszwecken für die notleidende, erholungsbedürftige Bevölkerung der nördlichen Bezirke wieder aufgenommen wird. Im Ausschuss war dieser Antrag einstimmig angenommen worden, auch der kommunistische Vertreter erklärte sich ausdrücklich mit ihm einverstanden; in der Bezirksversammlung aber sprach er dagegen und hielt eine der üblichen kommunistischen Reden, in der er den Bürgerlichen den Tag der Abrechnung in Aussicht stellte. Allgemeine Heiterkeit war der Erfolg dieser Rede. Ein kommunistischer Antrag auf Unentschuldigung der Lehrmittel wurde durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt, weil die Verlammlung der Meinung war, daß das Rede n darüber in der Bezirksversammlung zwecklos sei in einem Augenblick, in dem ein Ausschuss der Berliner Stadtverordnetenversammlung Beschlässe vorbereitet.

Mariettentheater in Reinickendorf. Unsere früheren Bemühungen, den vorhergehenden Wirkungen des Profits die Kulturentwicklungen eines kommunalen Kinos entgegenzusetzen, gerieten sich an der Weigerung Berlins, die erforderlichen Mittel freizugeben. Das Scheitern unseres Projekts war besonders vom Standpunkt der Jugendberühmungsarbeit zu bedauern. Der Vorschlag, den Profits zu dessen Aufgabe auch der Kampf gegen den Schundfilm gehört, mußte daher auf andere Weise wenigstens zum Teil das Angestrebte zu erreichen suchen. Aus eigenen beschleunigten Mitteln und durch die aufopferungsfreudige Mitarbeit einzelner Personen ist nunmehr eine Einrichtung geschaffen worden, die dem natürlichen Verlangen der Kinder nach anregenden Erlebnissen, die Phantasie zur Entfaltung bringenden abenteuerlichen Vorgängen in erzieherisch wertvoller Weise Rechnung trägt. Ein vor längerer Zeit billig erworbenes Mariettentheater ist von uns durch geschickte Maler-, Holzbildhauer- und Näharbeiten soweit ausgebaut und ergänzt worden, daß es den besten Schöpfungen dieser Art an die Seite gestellt werden kann. Die Bedienung erfolgt durch 3 Personen, deren Eignung durch die gegenwärtig stattfindenden Proben bereits darzulegen ist, und die eine Gewähr dafür bieten, daß nach ständiger Übung sehr hübsche Leistungen erzielt werden können. Die erste Vorstellung, die den erzieherisch interessierten Erwachsenen des 20. Bezirks zuzugewandt ist, findet statt am Sonntag, den 16. d. M., abends 7 Uhr, in der Aula des Realgymnasiums, Bernerstraße. Hierzu laden wir alle Lehrer, Elternvereine, Kinderschulkommissionen, Bildungsausschüsse usw. ein. Kinder können in beschränkter Anzahl mitgebracht werden. Der Eintritt ist frei.

Die Uferanlagen am Wannsee. Die Verpachtung des ehemaligen Elektrizitätsgrundstückes am Großen Wannsee hat in der Öffentlichkeit viel nach der Verletzung Anlaß gegeben, daß dort eine Gastwirtschaft, zwischen und dadurch die von der früheren Gemeinde Wannsee geplante Verlängerung des Uferweges unmöglich gemacht werden würde. Wie wir erfahren, sind diese Befürchtungen unbegründet. Der städtische Verwaltungsrat für Häfen und Schifffahrt hat das Gelände nicht als Restaurant, sondern an einen Bootverleiher verpachtet. In den Pachtvertrag ist die ausdrückliche Bestimmung aufgenommen worden, daß jederzeit auf Verlangen der Stadt ohne Entschädigung ein Uferweg frei zu machen ist. Zur Zeit besteht auf dem Gelände überhaupt noch kein Uferweg; falls keine Verlängerung über das Grundstück hinweg ausgeführt werden soll, hat die Stadt immer die Möglichkeit, den Wandernern am Wannsee diese wünschenswerte Verbindung sicherzustellen.

Wohlfahrtssamariter-Kolonie Spandau. Am Sonntag, den 10. April, war die Prüfung der Kurkurs-Teilnehmer. Im Anschluß daran findet am Sonntag, den 17. April 1921, eine öffentliche Übung um 2 1/2 Uhr statt. Die Übung findet auf dem Gelände des Kraftwerkes Halensee statt. Angenommen wird eine Explosion im Kraftwerk. Gleichzeitig ein größeres Radfahrungsunfall auf der Straße Papenberge-Halensee. Hierzu laden wir die Spandauer Einwohnerschaft ein. Bei regnerischem Wetter findet die Übung im Jugendheim, Schützenhaus, Neuenhofer Straße, statt.

Manitons- und Waffensache in einer Schule. Gestern nachmittag wurde in dem Realgymnasium (1) in der Brandenburger Straße 6 in Steglitz eine Durchsuchung der Räume des Schuldieners Max Proffus von Kriminalbeamten vorgenommen. Dabei fand man in Kellerräumen versteckt zwei Gewehre No-

del 08, zwei Maschinengewehrkräften, davon einer mit einem Kurz mit 250 S. Patronen, einen Gewehrkräften, eine Patronenpatrone und eine Gasmaske. Sämtliche Gegenstände wurden dem Polizeiamt Lichterfelde übergeben.

Voraussetzliches Wetter für Berlin und Umgegend am Freitag. Etwas kühler, zeitweise aufklarend, jedoch überwiegend trübe mit mäßigen Regenfällen und leichten westlichen Winden.

Gewerkschaftliches

Rahmenvertrag in der Metallindustrie

Am Montag, den 11. April, fand die Fortsetzung der Generalversammlung der Berliner Metallarbeiter vom 30. März statt, die sich mit dem Entwurf eines Rahmenabkommens für die tarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen in der Metallindustrie zu beschäftigen hatte. Der Bevollmächtigte Ziska hatte am 30. März einen informativsten Bericht über die Verhandlungen mit den Metall-Industriellen gegeben. Er führte aus: Nachdem die Generalversammlung der Berliner Metallarbeiter, das alle Tarifabkommen zum 30. September 1919 gekündigt hatte, wurde der Hauptauschuss beauftragt, mit der Unternehmerkommission in Verhandlungen über die Schaffung eines neuen Rahmenabkommens einzutreten. Die Verhandlungen gestalteten sich äußerst schwierig, so daß es erst nach einjährig Jahren möglich war, den Berliner Mitgliedern ein Verhandlungsergebnis zu unterbreiten. Es mußte hierbei festgestellt werden, daß auf dem Verhandlungswege bedeutsame Änderungen nicht mehr erreicht werden können. Ziska betonte, daß der vorliegende Entwurf keine organisierten Arbeiter voll befriedigen kann. Soweit es im Rahmen der Verhandlungen möglich war, wurde versucht, den Betriebsräten ein über den Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen hinausgehendes Mitbestimmungsrecht im Tarife zu sichern. Dagegen wandten sich die Unternehmervertreter ganz entschieden. Während die Verhandlungskommission der Arbeiter ihr Bestreben darauf richtete, die Bestimmungen des alten Kollektivabkommens im Interesse der Arbeiterschaft zu erweitern, verließen die Unternehmervertreter diese Bestimmungen zu verschlechtern, und so zu gestalten, daß ihr uneingeschränkter, wirtschaftlicher Einfluß zur Geltung kommen konnte. Die Vertreter der Arbeiter mühten sich dem Ende ihr Hauptaugenmerk darauf zu richten, daß wenigstens die Bestimmungen des alten Kollektivabkommens erhalten blieben. In den wesentlichen Punkten ist dies auch gelungen. So war es u. a. möglich, die 46 1/2 stündige Arbeitszeit zu erhalten, was um so bedeutsamer ist, als in vielen Wirtschaftszweigen des Reiches bereits die achtundvierzigstündige Arbeitszeit tariflich festgelegt ist. In der Frage der Urlaubsberechnung wurde eine kleine Verbesserung erreicht und zwar wird in Zukunft nicht in jedem Falle allein die Urlaubsberechnung von der Zugehörigkeit zu einem bestimmten Betrieb abhängig gemacht. Am Schluß seiner Ausführungen empfahl Ziska die Annahme des vorliegenden Entwurfs.

In der am 11. April stattgefundenen Fortsetzung der Generalversammlung gab der Bevollmächtigte Ullrich einen Bericht über die inzwischen geführten Verhandlungen. Ueber einzelne Wünsche konnte in der Kommission noch eine Verständigung erzielt werden, während es bei anderen nicht möglich war. Auch Ullrich empfahl die Annahme des Entwurfs, die Kommission würde alles daran setzen, aus dem Verhandlungswege Verbesserungen herbeizuführen.

Der Obmann des Betriebsrats vom Messingwerk Reinickendorf begründete hierauf einen Dringlichkeitsantrag, der bezweckte, die Stellungnahme der Generalversammlung über die Herstellung von Munition herbeizuführen. Zur Begründung führte er aus, daß die Belegschaft des Betriebes im Hinblick auf die kopienhagener internationalen Beschlüsse die Munitionsherstellung abgelehnt hatte. Der Betriebsrat habe aber feststellen müssen, daß in vielen anderen Betrieben Waffen und Munition hergestellt werden. Nach längerer Debatte stimmte die Generalversammlung gegen wenige Stimmen folgendem Antrage zu: „Solange nicht eine zentrale Regelung der Angelegenheit erfolgt ist, bleibt es der Belegschaft des Messingwerks überlassen, ob sie weiter Munition herstellen will. Prinzipiell lehnt die Generalversammlung auf dem Standpunkt, daß die Herstellung von Waffen und Munition baldmöglichst einzustellen ist.“

In der Fortsetzung der Debatte über das Rahmenabkommen, ging besonders Niederlöhner sehr eingehend auf die einzelnen Bestimmungen des vorliegenden Entwurfs ein und empfahl schließlich die Ablehnung des Entwurfs, da dieser eine Verschlechterung mit sich bringe. Nachdem noch viele Diskussionsreden für oder gegen die Annahme des Entwurfs gesprochen hatten, wurde ein Antrag mit 253 gegen 224 Stimmen angenommen, der besagt, daß der Entwurf die berechtigten Wünsche

der Mitglieder zwar nicht erfüllt habe, die Generalversammlung sich jedoch nicht entschließen kann, in der jetzigen Zeit den Mitgliedern einen vertraglosen Zustand zu empfehlen. Die Ortsverwaltung wird beauftragt, den Rahmenvertrag zu unterzeichnen, jedoch soll sie nichts unversucht lassen, zur gegebenen Zeit eine Revision dieses Vertrages herbeizuführen.

Mit der Annahme dieses Antrages waren alle übrigen Anträge erledigt. Auf Vorlesen des Bevollmächtigten Ullrich folgte der Bericht über die Betriebsratung in Stuttgart auf die Tagesordnung der nächsten ordentlichen Generalversammlung, die am kommenden Montag stattfindet, gelezt werden.

Die Not der Kurzarbeiter

Die Bretterträger und Plankarbeiter, deren Stundenlohn 550 M. beträgt, verdienen gegenwärtig wöchentlich 132 M. pro Mann, da sie infolge der schlechten Bautätigkeit verhältnismäßig arbeiten müssen. In Anbetracht der großen Notlage, in der sich die in Frage kommenden Arbeiter befinden, forderten sie im Januar dieses Jahres eine einmalige Wirtschaftshilfe von 500 M., was die Holzhändler jedoch ablehnten. Der angesehene Schlüsselausschuss erklärte in einem Spruch, daß er nicht in der Lage sei, den bestehenden Tarifvertrag zwangweise abzuändern, brachte den Parteien jedoch eine einmalige Wirtschaftshilfe von 300 M. in Vorschlag. Dieser Vorschlag wurde von den Unternehmern abgelehnt. Im Anschluß hieran wurde der Tarifvertrag am 1. April gekündigt. Die Bretterträger und Plankarbeiter forderten jetzt einen Stundenlohn von 7 M. unter Wegfall des Allokos. Die Unternehmer lehnten auch diese Forderung ab und verließen die bestehenden Löhne abzubauen. Der Schlüsselausschuss wurde erneut angerufen, um zu einem Tarifvertragsaufbau zu kommen, der jedoch von den Arbeitern in einer stark beschleunigten Versammlung wegen ungenügender Entgegenkommens der Unternehmer einstimmig abgelehnt worden ist. Um aber nochmals zu zeigen, daß es den Versammelten auf eine friedliche Erledigung ihrer Lohnstreitigkeiten ankommt, wurde die Branchenleitung beauftragt, erneut Verhandlungen mit den Unternehmern anzubahnen. Bei diesen liegt es jetzt, ob der Friede im Gewerbe erhalten werden kann.

Zur Betriebsratswahl bei Bärenstein. Unter diesem Titel verhandelt sich in einem Bericht der „Koten Kasse“ vom 8. April ein Angriff gegen unseren Genossen Barthelemy, welcher letzterer in einer längeren Einleitung die kommunistischen Annäherung wiederholt und richtigstellt. Wir würden den kommunistischen Radikalen zuviel Ehre antun, ausführlich zu reagieren. Dem letzten kommunistischen „Schriftsteller“ und Betriebsrat wird viel Glück gewünscht, dem wir uns anschließen.

Verlust von Verhandlungsmarken. Ein Kassierer vom Fabrikarbeiterverband hat 150 Verhandlungsmarken verloren. Der Finder wird gebeten, dieselben gegen Belohnung beim Portier, Stieglitz, Südenstr. 53, oder im Bureau Engländer 15, abzugeben.

Aus den Organisationen

Donnerstag, 14. April

1. Mittl. Die Abteilungsleiter werden ersucht, Kolportagen abzugeben bei Kolberg, Bergstr. 4.

Freitag, 15. April

1. Mittl. Schluß der von Erika Behne überlebte der I. G. D. D. interprofessionelle Sitzung, abends 7 Uhr, bei Radt, Giesengr. 26a. Gedenkstunde zur letzten öffentlichen Versammlung.

2. Betriebsrat (Wilmersdorf, Köpenicker, Grunewald). Abends 7 Uhr Mittl. Betriebsratung im Gedenkstunde der Vorkriegs-Genossen, Ullrich, Giesengr. 26a. Referent: Gen. Alex. Stein (altes politisches Lager, Wilmersdorf, Wilmersdorfstr. 10). Schließen aller Mitglieder unbedingt ein!

Sonntag, 16. April

Wilmersdorf. Kommunistenabteilung in Wilmersdorf, Lokal Berlin, Herrmannstr. 10a, Tag 2 M., Donnerstag, 16. April, 10 Uhr, bei der Kasse zu haben. Umarmung nach Wilmersdorf 6 Uhr von George von Kassenbach, Köpenickerstr.

Treppen-Kommunisten. Abends 7 Uhr wichtige Parteiveranstaltung bei Kottbus, Köpenickerstr. 10a. Schließen aller Mitglieder unbedingt ein! Betriebsratung Berlin-Mitte. Die kommunistischen Betriebsräte treffen sich abends 7 Uhr im Sekretariat, Breite Str. 5-9, zu einer kurzen Mittl. Sitzung.

Bereinskalender

Freitag, 15. April

Generalrat der Metallarbeiter. Nachmittags 7 Uhr die Generalversammlung in den Giesengr. 26a. Referent: Gen. Alex. Stein. Abends 7 Uhr Betriebsratung im Gedenkstunde der Vorkriegs-Genossen, Ullrich, Giesengr. 26a. Referent: Gen. Alex. Stein (altes politisches Lager, Wilmersdorf, Wilmersdorfstr. 10). Schließen aller Mitglieder unbedingt ein! Betriebsratung Berlin-Mitte. Die kommunistischen Betriebsräte treffen sich abends 7 Uhr im Sekretariat, Breite Str. 5-9, zu einer kurzen Mittl. Sitzung.

Verantwortlich für die Redaktion: Leo Stieglitz, Berlin-Grünow. Dem Entwerfer für den Kalender: Ludwig Kaminer, Kottbus. - Druck der Berliner Betriebsratung „Freiheit“ e. G. m. b. H., Berlin. - Druck der Berliner Betriebsratung „Freiheit“ e. G. m. b. H., Berlin, G. 1, Breite Str. 5-9.

USPD Funktionäre

des Internationalen Bundes von Groß-Berlin

Sämtliche Funktionäre des I. B. werden gebeten, sich zu einer äußerst wichtigen Besprechung, in der auch Beschlüsse von weittragender Bedeutung gefasst werden sollen, in der Arbeiter-Bildungsschule, Breite Str. 5-9, Hof links parterre, am Sonnabend, den 16. April, abends pünktl. 7 Uhr, einzufinden. Parteibuch und Mitgliedskarte legitimieren. Parteileitung ist eingeladen.

gez.: Franz Weidemann, Berlin
Max Behrendt, Lichtberg

Billig! Billig!
Röcke, Mäntel,
Blusen, Kleider
Strehlow, Freshowstr. 21

Kreutzer-Sonate
von Leo Tolstoi
161 Seiten Mk. 1.50
Buchhandlung „Freiheit“
Breite Straße 8-9

Feuriger
Süßweiss
Santa Lucia
Depot: Bergstr. 34, Nord

Briefmarken
kauft Großmann, Johannistr. 4
Zugang u. d. Friedrichstr. (Nr. 106) Norden 106 21

Prozesse,
Vergleiche, etc.
Vergleiche, etc.
Vergleiche, etc.

Stoffe

Die Herren-Nachge. Stoffe,
Kleider, Damen-Kleider,
etc.
Koch & Seeland
Berliner Straße 10-12

Kleine Anzeigen

Das Heber-Schriftwort 2 Mk., jedes weitere Wort im Text 1.50 Mk., extra.
Stellungsgelucht: Heber-Schriftwort 1.50 Mk., jedes weitere Wort im Text 1.00 Mk.

Verkäufe
Wettmännliche Sammel-Billig
etc.

Möbel
Schlösschen 150,- bis
600,-, etc.

Kaufgejude
Veilm. Sch. 1000
etc.

Fahrräder
Freilauf-Fahrräder,
etc.

Werkzeuge
etc.

Möbel
etc.

Werkzeuge
und Maschinen
etc.

Verdientes
etc.

Ausscheiden!
Verkauf nur an Händler und
Wiederverkäufer.
Kfz. Berlin I. Kernseifen, Toilettenseifen,
Seifenpulver, etc.
Dothringer Straße 38
Sonntags bis 1 Uhr geöffnet.

Leicht beschädigte
Klassiker, Romane, Jugendschriften
Sozialistische Literatur
25% Preisermäßigung
Buchhandlung „Freiheit“, Berlin C 2
Breite Straße 8/9

Milch- u. Kolonialwarengeschäft
etc.

Verkauf
etc.

Verkäufe
etc.

Möbel
etc.

Werkzeuge
und Maschinen
etc.

Verdientes
etc.

Verkäufe
etc.

Möbel
etc.

Werkzeuge
und Maschinen
etc.

Verdientes
etc.

Verkäufe
etc.

Möbel
etc.

Werkzeuge
und Maschinen
etc.

Verdientes
etc.